BEWERBUNG FÜR DEN BUNDESTAG

Wahlkreis 28 Delmenhorst - Wesermarsch - Oldenburg-Land

Liebe Freundinnen,
liebe Freunde,

drei Jahre ist es nun her, dass wir gemeinsam einen engagierten Wahlkampf gefeiert haben - und es am Ende der Nacht doch knapp nicht für den Einzug in den Bundestag gereicht hat.
Die drängenden Herausforderungen unserer Gesellschaft sind in diesen drei Jahren durch eine träge Große Koalition nicht kleiner geworden. Da wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wirksame politische Konzepte für eine positive Zukunft anbieten, gehen wir gestärkt in das Wahljahr 2021!

Um die Klimakatastrophe abzuwenden braucht es klare Leitlinien und große Lösungen. Die Energiewende ist ins Stocken geraten, auch beim Umbau der Landwirtschaft tut sich zu wenig. Für jede*n von uns muss es unkompliziert sein und Spaß machen ökologisch und nachhaltig zu leben. Wichtig ist, dass die Politik endlich die Weichen für 100% Erneuerbare (Wärme-)Energien und mehr ökologische Landwirtschaft und Tierhaltung stellt. Denn die großen Treiber der Klimakatastrophe sind der Verbrauch fossiler Energie, der Verkehrssektor und natürlich die Landwirtschaft.
Wir alle können und wollen nicht einfach aufhören zu essen. In Niedersachsen verursacht die Landwirtschaft unglaubliche 25% der klimaschädlichen Gesamtemissionen. Das liegt an viel zu vielen Tierbeständen. Und ein großer Teil des Futters wird in Südamerika angebaut, dort wo früher Regenwald stand. Unsere Massentierhaltung ohne ausreichende heimische Futterflächen trägt zur Zerstörung von Wäldern und Mooren weltweit bei.
In Brasilien brennt Präsident Bolsonaro Regenwaldflächen für den Export von Fleisch und Soja nach Europa ab. Daher sagen wir Nein zum Handelsabkommen Mercosur, weil es den Menschen, der Umwelt und unserer heimischen Landwirtschaft durch vermehrte Fleisch- und Sojaimporte schadet.

Grünes:

2010-2014: Vorstandssprecherin OV Berne/Lemwerder

seit 2011: Abgeordnete Kreistag Wesermarsch

seit 2014: Co-Koordinatorin der GRÜNEN Bezirkskonferenz Weser-Ems

seit 2015: Delegierte für den GRÜNEN Landesverband Niedersachsen im Länderrat

2017: Bundestagskandidatin für den Wahlkreis 28

seit 2018: Co-Sprecherin des Kreisverbandes Wesermarsch

Kontakt:

info@cjschroeder.de

www.cjschroeder.de

cj_schroeder

cjschroeder83

cijay_schroeder

25% der Emissionen liegen auch an der Bodennutzung der Moore und an der Umwandlung von Grünland in Acker. Dauergrünland und ein Mischwald können hingegen zum Klimaschutz beitragen und in großem Umfang Kohlenstoff binden. So ist die Frage, ob die Kuh ein Klimakiller ist, eine konkrete Frage der (Tier-)Haltung!
Unsere Landwirtschaft ist nicht nur Treiber des Klimawandels, Bäuer*innen sind ebenso Leidtragende und spüren die veränderten Bedingungen durch Dürren, übermäßige Nässe und Temperaturextreme. Die wirtschaftlichen Folgen, die Sorgen um die Existenz sind allgegenwärtig. Studien zeigen deutlich: Verbraucher*innen geben nicht etwa den Erzeuger*innen die Schuld für die Missstände in der Landwirtschaft, sondern klar und deutlich den Rahmenbedingungen der Politik!

Ein*e CDU-Agrarminister*in nach der nächsten lässt sich von der finanzkräftigen Lobby einfangen und verpasst es, den Strukturwandel, die Missstände in der Tierhaltung, Tiertransporte bei Hitze, Arbeitsbedingungen in den Schlachtstätten, das Machtungleichgewicht zwischen Erzeuger*innen sowie der vor- und nachgelagerten Industrie anzupacken. Die Wertschöpfung in der Agrarindustrie wächst, nur bei den Bäuer*innen kommt das nicht an.
Landwirtschaft weniger klimaschädlich zu gestalten ist eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. Systemleistungen wie Klimaschutz, Naturschutz und mehr Tierwohl müssen sich wirtschaftlich für Bäuer*innen lohnen. Der Umbau der Tierhaltung ist darüber hinaus aus ethischen Gründen dringend notwendig. Weidehaltung müssen wir genauso fördern wie weniger Tiere mit mehr Platz in Ställen.

Die meisten Verbraucher*innen sind bereit mehr Geld für bessere Tierhaltung zu zahlen. Die meisten Verbraucher*innen wünschen sich, dass Erzeuger*innen faire Preise bekommen. Warum passiert nicht das, was die meisten Verbraucher*innen wollen?! Es ist schwierig an der Kasse im Supermarkt einfach dem Kassierer 50 ct mehr in die Hand zu drücken. Deswegen ist eine Umlage für ein tiergerechtes Leben von Nutztieren wie der von uns GRÜNEN vorgeschlagene „Tierschutzcent“ so sinnvoll.

Es gibt kein Grundrecht jeden Tag billiges Fleisch zu essen. Aber es gibt das Grundrecht, dass sich Sozialleistungen an Lebensmittelpreisen orientieren. Faire Lebensmittelpreise, eine tiergerechte Haltung und arme oder von Armut bedrohte Menschen gegeneinander auszuspielen, ist eine große Sauerei!

Berufliches:

2003-2008: Studium Germanistik, Geschichte auf Lehramt an den Universitäten Oldenburg, Wuppertal und Bremen

2008-2013: Selbstständige Kauffrau im Einzelhandel in Brake

03/2013-10/2015: Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Oldenburg (B.A.)

10/2015- 09/2017: Masterprogramm der NRW School of Governance (Universität Duisburg-Essen) Politikmanagement, Public Policy & öffentliche Verwaltung

02/2017-05/2017 Verwaltungspraktikum bei der Vertretung des Landes Niedersachsen in der EU

seit 04/2018: Büroleitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN Fraktion im niedersächsischen Landtag und Minister a.D. Christian Meyer

seit 02/2019: Referentin für Wohnen & Bauen der GRÜNEN Landtagsfraktion Niedersachsen sowie Elternzeitvertretungen in den Politikfeldern Landwirtschaft, Tierschutz, Jagd- & Fischereipolitik sowie Kommunales

Privates:

Normalerweise finde ich Ausgleich beim Kochen mit Freunden, auf Festivals und Konzerten. Außerdem reise ich gerne. Durch Corona buddle ich verstärkt im Garten. Geboren bin ich 1983 in Bremen und lebe seitdem in der Wesermarsch. Seit 2009 bin ich verheiratet. Meine pflegebedürftige Großmutter habe ich drei Jahre gemeinsam mit meinem Mann und meinem Vater bei uns zu Hause betreut.

Mitglied bin ich bei Donum Vitae- Frauen beraten Wesermarsch, Deutsches Rotes Kreuz Wesermarsch, Stedinger Turnverein Berne, NABU, Greenpeace und dem Arbeitskreis Zwergbuntbarsche (AKZ).

2,8 Millionen Kinder in Deutschland sind arm oder dauerhaft von Armut bedroht. Jede fünfte Kindheit ist somit in Deutschland von Mangel, fehlender Teilhabe und permanenten Sorgen geprägt. Unter Corona wurden arme Kinder und Jugendliche noch weiter abgehängt. Ganz konkret bedeutet Corona oft für sie, keinen ruhigen Platz zum Lernen zu haben, keinen internetfähigen Computer oder Unterstützung bei den Hausaufgaben. Freie Jugendarbeit wurde ebenso eingestellt wie psychosoziale Betreuung oder Hilfeplangespräche in der Jugendhilfe. Wie in keinem anderen europäischen Land wird in Deutschland Armut vererbt, beeinflusst Gesundheit, Schulabschlüsse, Erwerbseinkommen und persönliche Zufriedenheit negativ. Diese massive soziale Schieflage wird konsequent von der großen Koalition aus SPD und CDU ignoriert. Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu beantragen ist ein bürokratischer Akt. Der Kinderzuschlag wird nicht automatisch ausgezahlt; Kindergeld auf Hartz IV angerechnet; Heim- und Pflegekinder müssen 75% ihres Einkommens abgeben- auch wenn sie Zeitungen austragen.
2,8 Millionen Kinder und Jugendliche könnten durch eine Politik, die sie nicht ignoriert, echte Chancen auf eine gute Zukunft haben. Von einer Kindergrundsicherung profitieren nicht nur die Kinder, sie entlastet endlich auch Alleinerziehende.

Corona wirkt wie ein Katalysator für die Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Die Digitalkonzerne wie Amazon und große Lebensmittelketten profitieren, der beratende Einzelhandel in den Orten verliert. Digitalkonzerne zahlen fast keine Steuern, während Tourismus, Gastronomie und kleine Geschäfte aufgeben müssen. Care-Arbeit wird wieder privatisiert, Eltern wurde nicht nur die komplette Fürsorge, sondern auch der Bildungsauftrag übertragen. Meist übernehmen Frauen diese Arbeit. Ökonomische Ungleichheiten verstärken sich. Während die Mietpreise weiter steigen, sinkt das verfügbare Einkommen. Über die soziale Ungleichheitsforschung im europäischen Kontext bin ich mit der europäischen Agrarpolitik während meines Studiums in Berührung gekommen. Seitdem lässt mich das Politikfeld nicht mehr los. Mietenwahnsinn und Pachtpreisexplosion sind für mich zwei Seiten derselben Medaille. Auch bei uns in der Region steigen die Mieten und die Grundstückspreise. Der Wollepark in Delmenhorst war nur ein Beispiel unwürdigen Wohnens und Abzocke von intransparenten Immobiliengesellschaften, unter denen der Ruf einer ganzen Stadt leidet. Im Landtag konnte ich das Thema Wohnen und Mieten intensiv neben der Agrarpolitik bearbeiten.

Den lokalen Herausforderungen des Wahlkreises, vom nachhaltigen Strukturwandel in der Industrie und in der Landwirtschaft, Förderung der Weidehaltung und Grünland, konsequenter Umbau der Tierhaltung, Bekämpfung der Kinderarmut, fairen Mieten und Preisen, einer nachhaltigen Stadtentwicklung, neue Mobilitätslösungen statt Straßenbauwahnsinn, Küstenschutz und Naturschutz, AKW-Rückbau und einem ländlichen Raum, der positiv entwickelt werden will, möchte ich mich mit Leidenschaft widmen.
Bei der Europawahl haben wir gezeigt, wieviel für GRÜNE in unserer grünen Region drin ist. Bei der Bundestagswahl 2021 möchte ich mit Euch mit voller Energie und Lust als Eure Direktkandidatin in den Bundestag einziehen.

Für 2021 bitte ich daher erneut um Euer Vertrauen, um mit Eurem Rückenwind auf dem dritten Platz der niedersächsischen Landesliste zu kandidieren.

Eure
Christina-Johanne